

Ganztagschule und Inklusion: ja – Mehrbelastung: nein

Das erste Zusammentreffen der Delegierten und Vertrauensleute unter den neuen Vorsitzenden entwickelte sich zu einer lebendigen Diskussion darüber, wie man den vor Ort von vielen Kolleg_innen ganz konkret erlebten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in Kitas und Schulen entgegenzutreten kann

Im Gegensatz zu den Erfolgsmeldungen des Senators zu Beginn des Schuljahres, nach denen über 1000 Lehrerstellen und ca. 300 Stellen mehr an weiterem pädagogischen Personal geschaffen worden seien, so dass angeblich 11,7 Schüler_innen auf eine/n Pädagogin/en kämen, stellte unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze diese Verlautbarung in ein ganz anderes Licht. Dass nämlich der Ausbau des Ganztagsangebots mehr

Personal nötig gemacht habe, dass die vielen Pensionierungen mehr Einstellungen zur Folge gehabt hätten, dies erwähnte Ties Rabe nicht. Die Klassengröße sei an den Grundschulen und Stadtteilschulen im Vergleich zum Vorjahr nämlich gestiegen. Ähnlich, so die Vorsitzende, bei der Inklusion: „Er setzt eine Gutachterkommission ein, die Ende August einen ersten Zwischenbericht vorlegt, in dem bestätigt wird, dass nicht 4,5% der Schüler_innen, sondern 6,64% sonderpädagogischen Förderbedarf beanspruchen. Statt nun schnell zu handeln und zumindest seinen eigenen Vorgaben folgend mehr Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen und Sonderpädagog_innen zu beschäftigen, will er zunächst die Statistik optimieren und klarere Regeln zur Diagnose festlegen. D.h., er doktert ein bisschen an den Zahlen herum, verändert die Kriterien, nach denen sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wird und schon hat er sich das Personal gespart.“ Und dies, zusammen mit der Umstellung auf den Ganztagsbetrieb, sei verantwortlich dafür, dass die Belastung der Kolleg_innen auf ein unerträgliches Maß gestiegen sei. „Wir haben versucht auszuloten, ob es gemeinsame Interessen gibt. Aber daran war der Senator nicht interessiert“, so unsere Vorsitzende. Nur durch konsequentes Sichtbarmachen der Probleme sei hier die Chance, über den dadurch entstehenden politischen Druck sich Gehör zu verschaffen, schlussfolgerte Anja, einsehend, dass es schwer fiel, bei der gravierenden Arbeitsüberlastung sich Freiräume dafür zu

schaffen. Auch fiel es schwer, unter direkter Abhängigkeit der Schulleitung sich als GEW-Gruppe, als Kollegium hinzustellen und Missstände offen zu legen. Aber genau diese konkreten Hinweise seien es, die in der Öffentlichkeit, in der Presse zur Kenntnis genommen würden. Und so mündete der Beitrag von Anja in dem Appell: „Wir brauchen Euer Engagement!“ und würdigend: „Den Kolleginnen und Kollegen der Schule Sethweg und der Schule Rönkamp gebührt große Anerkennung. Sie haben in einer Pressemitteilung die Verhältnisse an ihrer Schule in der ganztägigen Betreuung sehr deutlich geschildert.“ (s. S. 10/11)

Nicht anders als den Beschäftigten in der Schule geht es den Kolleg_innen in den Kitas. Auch Senator Scheele hatte mit der Erfolgsmeldung gegläntzt, dass es gelungen sei, in Hamburg flächendeckend für jedes Kind einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen. Was er allerdings unterschlägt, ist, dass dies mit dem schlechtesten Personalschlüssel in Deutschland geschieht! Dies geht also direkt auf die Knochen der Kolleg_innen. Diese Melange aus miesen Arbeitsverhältnissen in den Horten, die in Kooperation mit den Schulen die ganztägige Betreuung organisieren und durchführen würden, bei der in nicht seltenen Fällen prekäre Beschäftigungsverhältnisse gepaart mit Arbeitszeiten, die arbeitsrechtlich oft mehr als fragwürdig seien, keine Ausnahme bildeten, bedürften dringend der Korrektur, so Regina Tretow, stellvertretende Vorsitzende und Mitglied im Vorstand des Ge-

Fotos: Stefan Gierlich



Katja Karger, neue Hamburger DGB-Vorsitzende, freut sich auf die Zusammenarbeit mit der GEW

samtpersonalrats. Als Gesamtpersonalrat könne man zwar einiges anstoßen, grundlegende Besserung aber sei nur zu erwarten, wenn der Druck unter dem die Kolleg_innen leiden, vor Ort sichtbar würde, so Regina ganz auf der Linie der Vorsitzenden.

Dass die GEW hierbei auf einem guten Weg sei, betonte Katja Karger, frisch gewählte DGB-Vorsitzende und somit Nachfolgerin von Uwe Grund, in ihrer Vorstellungsrede. Die gelernte Industriekauffrau und studierte Kulturwissenschaftlerin sagte, sie sei stolz, jetzt ein Teil davon sein zu dürfen. Gleichzeitig machte sie an so strittigen Fragen wie dem Umgang mit den Lampedusa-Flüchtlingen oder der Frage, ob und in welchem Maße die Bundeswehr Zugang zu unseren Schulen haben sollte, deutlich, welche Grenzen ihr in einem Landesverband bestehend aus acht Einzelgewerkschaften mit weit auseinander fallendem Meinungsspektrum gesetzt seien. Entsprechend vage waren ihre Antworten.

Weniger vage waren dann die Aussagen und Forderungen in dem umfassenden Antrag des Landesvorstandes zu den Arbeitsbedingungen im Ganztagsbetrieb der Schulen. Vor dem Hintergrund des oben schon erwähnten Desasters macht der Antrag unmissverständlich klar, dass es keinesfalls nur vereinzelte Besserungen geben müs-

se, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig sei, um hier grundsätzlich eine der Gesundheit der Kolleg_innen zuträgliche Veränderung herbeizuführen. Ohne Gegenstimme wurde der Antrag angenommen.

Wie ernst es den Kolleg_innen mit der Auseinandersetzung um diese Themen ist, konnte man daran erkennen, dass selbst nach bereits fortgeschrittener Zeit – schließlich war man am Ende eines langen Arbeitstages – dem Aufruf, sich nach regionaler Zugehörigkeit zusammenzutun, um über eine Vernetzung im Stadtteil zu beraten, nahezu alle Delegierten Folge leisteten.

Die Delegierten folgten auch einem Antrag, der sich explizit gegen jedwede Präsenz der Bundeswehr in den Schulen ausspricht und, dies ist neu, auch das Werben der Bundeswehr in Einrichtungen der Arbeitsagentur auf Schärfste kritisiert. Obwohl es – bezogen auf die Bildungseinrichtungen – einen diesbezüglichen Beschluss auf Bundesebene gibt, sah sich der Friedensausschuss der GEW genötigt, einen aktuellen Antrag zu stellen, da zum einen – so die Begründung – die Bundeswehr immer aggressiver versuche, ihre Werbekampagnen in die Öffentlichkeit zu tragen, zum anderen aber auch, weil die DGB-Spitze vor nicht allzu langer Zeit ein Abkommen mit der Bundeswehr geschlossen habe, nach dem die Gewerkschaften das Werben der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen tolerieren würden.

Um Toleranz, aber mehr noch um Solidarität ging es auch im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der ‚Lampedusa‘-Flüchtlinge in Hamburg. Friday Emitola als Vertreter der 360 schwarzafrikanischen Flüchtlinge aus Lybien, die von Italien nach Deutschland abgeschoben wurden und von denen 80 in der St. Pauli Kirchengemeinde Zuflucht gefunden haben, schilderte, unter welchen dramatischen Um-



Friday Emitola, Sprecher der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg, baut auf unsere Solidarität

ständen sich diese Vorgänge abgespielt hätten. Sie fühlten sich als Spielball der Politik und als Opfer einer rechtlichen Gemengelage, bei der Humanität leider nicht vorkomme. Er sei froh über die breite Unterstützung und über die Bereitschaft vieler Menschen in ihrer Umgebung, die ihnen helfend zur Seite stünden. Die Politiker, konkret benannte er den Hamburger Senat, seien nur zu Zugeständnissen bereit, wenn Druck von der Straße käme und so hoffe er, dass viele, auch der Anwesenden, nicht nur ihr Anliegen weiterverbreiten würden, sondern sich auch an der angekündigten Demonstration beteiligen würden. Die überzeugende Botschaft quittierten die Delegierten mit anhaltendem Applaus.

Trotz der fortgeschrittenen Zeit wurden die angekündigten Wahlgänge vollzogen, auf dass unserer Gewerkschaft auch in Zukunft ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen kann.

JOACHIM GEFFERS (s. auch S. 62)

Gewählt wurden als:

Mitglieder für den Landesvorstand
Rolf Limpinsel und
Dirk Poppner

1. Kassenwart: *Jens Kastner*
Schriftleiter hlz:
Joachim Geffers



Unsere Vorsitzende Anja Bensing
Stolze bedankt sich bei Klaus Bernhardt für seine 10-jährigen Verdienste als 1. Kassenwart